

Unabhängige Bauerninformation



Berufsständisch • Parteiunabhängig • Kritisch

I/2025

GAP und die bitteren Ernten für die Bauern 42 Forderungen des UBV an die Politik



© Steiermark Tourismus

Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik

Land- und Forstwirtschaft neu denken & handeln = ökosozial leben

Sigharting, Wien, im Jänner 2025

An das Präsidium des österreichischen Parlaments! An die Parlamentsklubs der gewählten Parteien!

z.H.

Herrn Dr. Walter Rosenkranz, Präsident des Nationalrates

Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

UBV Traktor Protest-Sternfahrt: GAP und die bitteren Ernten für die Bauern 50 Forderungen des UBV für die Politik: Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik

Sehr geehrter Herr Präsident des Nationalrats Dr. Walter **Rosenkranz!**

Sehr geehrter Herr 2. Präsident des Nationalrats Peter **Haubner!**

Sehr geehrte Frau 3. Präsidentin des Nationalrats Doris **Bures!**

Sehr geehrte Klub-Obleute!

Sehr geehrter Herr KO NR Herbert **Kickl**

Sehr geehrte(r) Herr KO NR Mag. Werner **Kogler** und Frau geschäftsführende KO NR Sigrid **Maurer**

Sehr geehrte Frau KO NR Mag. Beate **Meinl-Reisinger**, MES

Sehr geehrter Herr geschäftsführender KO NR August **Wöginger**

Sehr geehrter Herr KO NR Andreas **Babler**

Geschätzte Damen und Herren!

Sie finden nachstehend wichtige Themen, Probleme, Punkte, Forderungen, Lösungen für die zum Teil unerträgliche Situation der Bauern in Österreich aber auch in Europa, vor allem in den Alpen. Wir laden Sie ein, wir fordern Sie auf, unsere Themen wie Forderungen genau zu lesen, weil es ohne eine sofort - klare wie deutliche Änderung der Agrarpolitik - bald keine Bauern mehr geben wird.

Die Übergabe unserer Anliegen ist der Abschluss einer Traktor Protest Sternfahrt, um symbolisch die Hürden und Probleme mit einem unserer Werkzeuge nach Wien zu tragen. Das ist aus unserer Sicht ein erster Schritt, weil wir nicht still und schweigend, wie schon zu viele unserer Berufskollegen, unsere Höfe verlassen wollen bzw. die Bewirtschaftung einstellen wollen/werden.

Präambel:

Bauern sind wütend-verbittert-resigniert-entwurzelt-entrechtet-gedemütigt-entmündigt

Wir, viele oder die meisten österreichischen Bauern sind heute, 30 Jahre nach dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 desillusioniert, verbittert, empört, wütend, verzweifelt, resigniert, ermüdet, kaputt, frustriert, entwurzelt, entrechtet, entmündigt, gedemütigt, ihrer Existenzen beraubt.

Wir haben die EU-Agrarpolitik GAP, die als einzige gemeinsame Politik in Europa einst als positiv gesehen wurde, satt. Und zwar so, wie sie gestaltet ist, komplett satt.

Und nein, wir sind keine Pessimisten, im Gegenteil. Wir Bauern, unser Berufsstand ist der flexibelste, modernste und fleißigste gemessen an den Zumutungen der letzten 100 Jahre. Wir sind die einzigen, die das Land und seine Regionen seit Jahrhunderten gestalten, verwalten, pflegen und kultivieren. Wir schaffen gratis die von allen Bürgern geschätzte Schönheit unserer Kulturlandschaft.

Wir sind jene Berufsgruppe, die dafür sorgt, dass durch unseren Schweiß, unseren sorgsamem Umgang mit der Natur, unseren Fleiß – mit unserem Wissen und unserer Verantwortung ein derart schönes, wunderbares Land als Rahmen zum Leben bereitgestellt wird. Und: noch sind wir imstande, den Großteil der wichtigsten Arbeit zu erledigen, nämlich unser Land mit regionalen Lebensmitteln zu versorgen. Die Frage, die wir uns täglich stellen ist jedoch, wie lange noch?

Wenn wir von „noch“ sprechen, dann deshalb, weil der zur Einleitung geschriebene Gemütszustand unserer Meinung nach in den nächsten 5-10 Jahren bei den Agrarbetrieben – also unseren Bauern bzw. deren Höfen einen Kahlschlag – sprich ein Zusperrren der Betriebe zur Folge haben wird, wie wir es in unserer Geschichte in den letzten beiden Jahrhunderten so nicht erlebt haben!

Aus der Hoffnung für Perspektiven durch den EU-Beitritt wurde für die Bauern ein Desaster

Als wir uns 1994 nach hunderten Diskussionen mit der Abstimmung mehrheitlich für einen EU-Beitritt entschieden haben, waren wir auf Grund der damals geltenden Spielregeln bzw. bestehenden Rahmenbedingungen in der EU vorsichtig optimistisch, dass dieser Schritt auch aus der Sicht der Land- und Forstwirtschaft gewagt werden kann bzw. Sinn macht.

Heute, 30 Jahre später müssen wir voll Bitterkeit erkennen und feststellen, dass diese EU und die sogenannte EU-GAP vielen Bauernhöfen und damit vielen bäuerlichen Existenzen nicht Mut machte, sondern Betriebe zu tausenden ökonomisch ruinierte bzw. deren Existenzen vernichtete.

Die in Europa mit der Bauernbefreiung durch Kudlich im 19. Jahrhundert „frei“ gewordenen Bauern sind heute mehr denn je versklavt. Sie tragen ein Joch der Ausbeutung auf Grund unakzeptabler, untauglicher Spielregeln bei den Erzeugerpreisen, welches sie wirtschaftlich fast erdrückt oder schon erdrückte. Dazu müssen die Bauern einen Riesenrucksack an Bürokratie ertragen bzw. erdulden, der tausende Bauern dazu bewegt, die Stalltüre zu schließen, die Bewirtschaftung der Höfe zu beenden.

Es gibt kein freies Handeln und Wirtschaften mit praxistauglichen Rahmenbedingungen und Spielregeln. Im Gegenteil: wir werden von ideologisch geprägten, völlig praxisfremden und fachlich komplett unwissenden zentralistischen Vorgaben und Kontrollen überrollt. Man hat den Eindruck, ein von Brüssel neuer kreierter, gesteuerter Kommunismus wird auf Bauern und Bürger losgelassen. **Die EU-GAP hat innerhalb weniger Jahrzehnte geschafft, was davor weder Seuchen, Kriege, die schlechte Witterung oder die industrielle Revolution schafften: Den einst stolzen Bauernstand in seinen Grundfesten zu erschüttern und sie zu tausenden von den Höfen zu vertreiben. Die noch „verblieben Bauern“ werden zum „versklavten“ Rohstoffbereitsteller zu degradiert.**

Keiner ist verantwortlich/will verantwortlich sein, doch: Wo soll das hinführen?

Unsere Traktor Protest Sternfahrt zum Parlament ist eine Notwehraktivität. Wenn die gewählten Vertreter ihre Arbeit nicht tun oder ihre Aufgaben nicht wahrnehmen und nur kurz vor allfälligen Wahlen Aktivität vortäuschen, dann muss man sein Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Wir sehen dabei nicht im Dreschflügel oder in der Mistgabel – symbolisch für den Kampf um unsere Anliegen genannt – das richtige Werkzeug für Veränderungen der untragbaren Zustände. Noch nicht. Wir meinen, dass man zu den offenen Fragen, Problemstellungen konkrete Lösungen auf den Tisch legen muss. Unsere Vertretung tut das nicht. Sie redet sich in der Regel darauf aus, man müsse tun bzw. umsetzen, was von Brüssel vorgegeben wird.

Es gilt: Wo ein Wille, da ein Weg. Wo kein Wille, da Ausreden.

Wir zeigen am konkreten Beispiel auf, was nicht passt und wie es geändert werden muss. Unsere Lösungsvorschläge sind alle umsetzbar. Wenn man will. Wir übermitteln nachstehend eine Zusammenfassung der aktuellen Themen aus unserer Sicht. Es braucht dringend Lösungen für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung der Land- und Forstwirte und damit der Einkommen der bäuerlichen Familienbetriebe.

Unsere Themen und Vorschläge erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die große Anzahl an offenen, nicht erledigten Themen wie Punkten zeigt aber deutlich auf, dass es bei den Bauern eine totale Schieflage bei den Einkommen gibt. Weil die Rahmenbedingungen und Spielregeln nicht passen. Die Situation der Bauern ist dramatisch schlecht, auch wenn das von Standesvertretungen schlichtweg verschwiegen oder weggedrückt wird.

UBV-Programm als Richtschnur für praxistaugliche Lösungen – also Bauern-Einkommen

Wir haben bereits Ende 2017 im Zusammenhang mit der damals neuen GAP alle wichtigen Themen und Punkte schriftlich zusammengefasst und konkrete Lösungsvorschläge festgehalten. Das wird vielfach als Majestätsbeleidigung gesehen.

Ausreden dominieren bis auf wenige Ausnahmen die Reaktionen auf alle notwendigen Korrekturen der aktuellen Vorgaben und Pläne aus Brüssel rund um die GAP, wenn man „Bauernvertreter“ damit konfrontiert. Und man betont: „Da könne man nichts machen, das komme aus Brüssel, die GAP sei alternativlos.“ Daher führen uns heute die Wege zum Parlament. Weil im Parlament am Ende alle Gesetze beschlossen werden, die für die Bauern meist nur mehr zur Qual werden!

Die GAP wird in Brüssel maßgeblich gestaltet. Wie wir im Vorjahr bei einem Besuch in der GD - Landwirtschaft feststellten, werden in der Generaldirektion Landwirtschaft die meisten Weichen gestellt oder neue Geleise erfunden, weil dies da oder dort ein politischer Wunsch ist. Egal ob diese tauglich sind oder nicht. Dazu gibt es viele Interventionen seitens der Generaldirektion Umwelt.

Anstatt echter Lösungen dominieren damit die GAP viele Absichtserklärungen, Totalüberwachung oder weltfremde, ideologische Träumereien. Die Bauern brauchen aber Lösungen und ein echtes Regelwerk an fairen Spielregeln wie Rahmenbedingungen, die auch funktionieren.

Sport als gutes Beispiel – wie Spielregeln – und Rahmenbedingungen fair sind

Beliebte Ausreden für komplette Fehlentwicklungen sind immer wieder auch die angeblichen Spielregeln am Markt. Nun wissen wir, dass Spielregeln keine Gottesgesetze sind, sondern von Menschen erdachte – in unserem Fall – Ungerechtigkeiten. Es regelt also nicht der Markt z.B. Preise, sondern es regelt am Markt jenes Gesetz den Markt, welches in den Parlamenten in Brüssel oder in den Nationalstaaten – also bei uns in Wien im Parlament - verabschiedet werden.

Die meisten Regeln für die Märkte bei Agrarprodukten sind aber ausschließlich für Konzerne gestaltet wie ausgerichtet, nicht für Bauern. Die Bauern stehen augenscheinlich dem Großkapital und den dahinterstehenden Institutionen, Verbände, Organisationen, Finanzkonglomerate, Banken – der ganzen Finanzindustrie bzw. jene, welche diese steuern, im Weg.

Würde man im Sport die gleichen Mechanismen anwenden, wie dies derzeit bei allen Themen rund um die Bewirtschaftung von Land, die Erzeugung von Lebensmittel und deren Handel angewendet werden, dann würde es keinen Sport geben!

- ✓ Ein 100 Meter Lauf hat weltweit 100 Meter. Unterschiede kann es beim Belag, also der Lauffläche, der Höhenlage oder sonstigen Themen geben. Aber 100 Meter bleiben 100 Meter.
- ✓ Oder bei der Formel 1. Da wird jede Millimeter Abweichung sofort bestraft. Wer bei den Rennen z.B. über den Rand der Strecke hinausfährt, bekommt Strafsekunden.
- ✓ Im Skisport ist von der Bindungsplatte bis zum Sprung-Anzug alles strengstens vorgegeben, geregelt und wird streng kontrolliert.
- ✓ Oder das Beispiel Automobil, wo bei den ganzen internationalen Handelsabkommen die Landwirtschaft die großen Gewinne der europäischen Autobauer und Aktionäre der Konzerne zahlen darf: Alle Fahrzeuge sind in der Technik genormt und jede Marke ist die eigene Marke.

Bei der Erzeugung von Lebensmittel gelten plötzlich diese Grundsätze und Vorgaben an Spielregeln nicht mehr. Man drangsaliert – am Beispiel Österreich, mit dem Hinweis der Vorgaben aus Brüssel - die Bauern Tag und Nacht. Wir haben die strengsten Vorgaben z.B. bei der Tierhaltung, in der Pflanzenproduktion oder generell bei der Bewirtschaftung von Land.

Wenn es darum geht, was steht im Regal im Supermarkt, gilt das alles nicht mehr. Es ist egal, welche Produktionsstandards bei importierten Lebensmitteln gegeben sind. Hauptsache die Ware ist billig. Da spielt der lange Transportweg aus anderen Regionen nach Europa, in die EU keine Rolle. Weder Flugbenzin noch Schiffstreibstoffe sind seit dem 2. Weltkrieg besteuert. Niemanden stört ein gewaltiges Plus bei den gesamten Transporten und den damit einher gehenden Emissionen. Aber die Kühe am Bauernhof bringen das Klima aus dem Gleichgewicht.

Man unterstellt den Bauern, sie seien hauptverantwortlich für klimatische Veränderungen – und schon wieder erfindet man neue Regeln. Die EU-Entwaldungsverordnung entmündigt Bauern – bzw. Waldeigentümer. Wir haben hier das strengste Forstgesetz – weltweit! Für den Missbrauch der Rodung von Regenwäldern will man Waldbauern hier bestrafen. Es ist schon ein Treppwitz, dass man dann ein Freihandelsabkommen „MERCOSUR“ beschließt, wo alle Regeln nicht mehr gelten.

Während man hier Bauern knechtet, gelten dann beim Import von Lebensmitteln alle Regeln kaum mehr. Am konkreten Beispiel zahlen bei einer Umsetzung die EU-Waldbauern die Zeche für untaugliche internationale Handelsabkommen. Handelsabkommen, die am Ende am gleichen Schreibtisch in Brüssel – oder zumindest im gleichen Gebäude entwickelt bzw. erfunden wurden. Die EU-Entwaldungsverordnung ist eine Frotzelei der Wald-Bauern!

Wie auch das Renaturierungsgesetz. Im Falle dieser Umsetzung ist davon auszugehen, dass rund 50% der aktuellen Landflächen für die Erzeugung von Lebensmitteln nicht mehr verfügbar stehen. Man muss daher alle unterschriebene Handelsabkommen - vor allem aber MERCOSUR - auch unter diesem Aspekt lesen und sehen. Hier würgt man die Erzeugung von Lebensmitteln ab, dafür kommen diese in Zukunft über tausende Kilometer dann nach Europa, zu uns.

Schlechte Spielregeln und Rahmenbedingungen = schlechte Einkommen

Es sprengt den Rahmen dieser Zusammenfassung, alle konkreten Regelungen aufzulisten. Fakt ist, dass die Ausrichtung der Strategie zum Thema Agrarwirtschaft und Lebensmittelerzeugung in Brüssel bzw. in der EU komplett gegen die Bauern in Europa gerichtet ist. Die Folgen sind ein Desaster bei den Einkommen der Bauern. Und das europaweit.

Diese Tatsache ist ein schäbiges Sittenbild, welches geringen Stellenwert der Bauernstand derzeit hat. Es gibt nur Neid für einige „Ausgleichszahlungen“, damit die Bürger billig essen können. Dazu gibt es Ausreden ohne Ende für das Versagen jener, welche die ruinösen Rahmenbedingungen bzw. Spielregeln „erfinden“. Wie die regionale Ernährungssicherung erhalten bleiben soll, ist – so scheint es – egal. „Man bekommt eh alles im Supermarkt.“

Brotkrumen für die Bauern – Milliarden für den Rest

Am Beispiel Österreich möchten wir kurz aufzeigen, wie groß die Schiefelage bei den Einkommen der Bauern im Vergleich mit anderen Berufsgruppen wirklich ist. Leider hat man den Eindruck, dass die Land- und Forstwirtschaft der „Politik“ mehr oder weniger egal ist. Man erzeugt öffentlich mit diversen Maßnahmen den Eindruck, es würde für die Bauern regelmäßig Millionen regnen! Dem wollen wir massiv widersprechen. Einige Beispiele:

„Impulspaket“ in der Höhe von rund 90 Mio. Euro im Jahr oder 360 Mio. Euro in 4 Jahren.

Aus unserer Sicht ist das (k)ein Impulsprogramm, eher eine Frotzelei der Bauern. Während es für jede andere Sparte im Land Milliarden gibt, werden die Bauern mit Brotkrumen von der Politik abgespeist. Das ist eine Verhöhnung der Bauern.

Die Realität für die Bauern ist beinhart

Wenn man positiv denkt, kann man das Bemühen ableiten, man will eine Inflationsabgeltung entwickeln. Eine UBV-Forderung seit dem Jahr 2017. Setzt man die von „Bauernvertretern“ gefeierten „Millionen“ ins Verhältnis zu erbrachten Leistungen, dann sind das ca. 1.000 € je Betrieb und Jahr – für rund 86.000 Betriebe (Bergbauern, ÖPUL-Teilnehmer). Bei Betrieben mit 25 ha sind dies 40 € je ha.

Wenn man will, „regnet“ es genug Geld

Um besser zu verstehen, warum der UBV von einer Frotzelei für die Bauern spricht, einige Beispiele zum Vergleich.

- ✓ Für das „Straßenrandmähen“ von Autobahnen, Bundesstraßen usw. gibt es im Jahr rund 62.000 € je ha.
- ✓ Für die AUA gab es rund um die Turbulenzen während der COVIT Maßnahmen und dem verhängten Flugverbot rund 79.000 € je Mitarbeiter an Geld vom Staat.
- ✓ Für die österreichischen Parteien genehmigte man sich im Jahr 2023 rund 237 Mio. Euro. 2024 waren es schon rund 273 Mio. Euro. Alles mit Inflationsabgeltung.
- ✓ Beispiel Beamte:

50 Milliarden für die Beamten (800.000 Jobs) im Jahr = 62.000 € Jahreseinkommen

5 Milliarden für die Bauern (rund 400.000 Jobs) im Jahr = 16.000 € Jahreseinkommen

Österreich kosten rund 800.000 Beamte im Jahr rund 50 Mrd. Euro. Das Durchschnittseinkommen bei den Beamten beträgt rund 62.000 Euro im Jahr. Die Gehaltserhöhungen für die Beamten von 2020 bis 2025 betragen rund 5,2 Mrd. Euro!!! Das entspricht in etwa dem Geld, dass es für rund 400.000 Menschen in der Land- und Forstwirtschaft inklusive der Zuschüsse zur SVS bei den Bauern im Budget gibt. Wobei die Bauernpensionen kein Aktiveinkommen für Bauern sind.

Das durchschnittliche Einkommen in der Landwirtschaft liegt bei rund 16.000 Euro im Jahr je Arbeitskraft, wenn die SVS-Beiträge abgezogen sind.

Es braucht keine weiteren Worte, um die desaströse Situation der Einkommen darzustellen. Es gibt – so ist der Eindruck, keinen Willen seitens der Politik inklusive Vertreter der Bauern, diese Schieflage zu ändern. Der Bauernstand scheint keinen Wert zu haben! Das ist am Ende das Ergebnis einer Agrarpolitik, die den Bauernstand Jahr für Jahr stärker an den Abgrund drängt. Wussten Sie:

- ✓ **Österreich leistet sich je 11 Bürger einen Beamten!**
- ✓ **In Österreich versorgt 1 Bauer rund 90 Bürger mit Lebensmittel!**
- ✓ **Österreich sollte daher je Bauer das Gleiche an Geld aufwenden, wie für die Beamten**

Ein Blick in die Statistik zeigt, wo die Bauern im Vergleich mit anderen Berufen beim Einkommen stehen.

Vergleich Brutto-Durchschnittseinkommen verschiedener Gruppen im Jahr*):

- Arbeiter und Arbeiterinnen 30.030//13.434 EUR
- Angestellte 49.642//26.953 EUR
- Vertragsbedienstete (z.B. Gemeinde) 43.971//34.134 EUR
- Beamte und Beamtinnen 61.673 EUR
- Landwirtschaft: Der Grüne Bericht rechnet die Bauerneinkommen (inkl. SV-Abgaben) und nicht auf eine Arbeitskraft gerechnet mit 32.146 EUR schön. Dazu kommt, für die Berechnung der Bauerneinkommen werden 2.160 Arbeitsstunden im Jahr angesetzt, im restlichen Vergleich werden 1.670 Stunden angesetzt. D.h. die Bauern müssen rund 61 Tage mehr arbeiten, um einen echten Vergleich bei den Einkommen darstellen zu können. Wie vertrottelt ist das?!!! **Real liegt das Einkommen der Bauern nach Abzug der SV-Beiträge (rund 12.000 Euro) bei 20.146 EUR (2022)**

*) Diese Zahlen sind alle bei der Statistik Austria nachzulesen – erfasst bis 2021!

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/jaehrliche-personeneinkommen>

2023 gab es ein Minus bei den Bauerneinkommen zwischen 22 und 25% - von einer niedrigen Basis ausgehend. Damit hatten die Bauern 2023 nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge nur mehr rund 16.000 Euro an Jahreseinkommen. Das ist ein sattes Minus von rund 4.300 Euro – von einem generell niedrigen Einkommensniveau ausgehend. Den Bauern fehlt ein Fünftel ihres Einkommens. Welche Berufsgruppe lässt sich das gefallen??? 2024 wird ähnlich dramatisch schlecht.

Setzt man die aufgezeigten Zahlen und Geldmengen in Relation zu den Bauerneinkommen, dann gibt es kein Verständnis mehr für jede neue Auflage, jede neue Schikane und gleichzeitig jede neue Kürzung bei den Agrargeldern. Das Gerede betreff heimische, regionale Versorgungssicherheit kann man sich sparen. Diese ist nicht mehr gegeben.

Man muss davon ausgehen, dass sich die Bauern mit den aktuellen Vorgaben und Spielregeln in den nächsten 5 Jahren bzw. bis zum Ende der aktuellen GAP-Periode noch einmal halbieren. Wenn man verhindern will, dass in den Geschichtsbüchern im Jahr 2040 steht, in Österreich oder in Europa gab es auch einmal Bauern, dann muss man jetzt, sofort handeln.

Wir schreiben diese Zeilen nicht, weil wir ängstlich sind oder keine Visionen für die Zukunft hätten. Wir schreiben dies, weil wir durch die aktuellen Rahmenbedingungen kaum bis gar keine Gewinne haben und damit wirtschaftlich an die Wand fahren. Wir wollen unabhängige Bauern sein und keine Leibeigenen vom Staat oder irgendwelchen Konzernen.

Fakt ist, wenn sich nichts rund um die GAP gravierend ändert, muss sich was auf der Straße ändern.

Dann aber nicht nur durch viele Traktoren mit Licht und Lampen auf der Straße oder Renaturierungen von Autobahnen wie in Frankreich. Dann wird es hart zur Sache gehen müssen. Z.B. Indem der gesamte Lieferverkehr an Lebensmitteln zu Supermärkten gestoppt wird.

Nur wenn es nichts mehr im Supermarkt gibt, werden Bürger und jene, die den Bauern diese unverdauliche Suppe mit keinem Einkommen einbrocken, wenn diese am eignen Leib konkret verspüren, wie dreckig es den Bauern geht, dann wird es anders werden.

Wir hoffen und wünschen, dass man es mit klugen Lösungen vorher so ändert, dass die Bauern wieder eine kaufmännische Perspektive haben.

Daher stehen wir heute hier in Wien vor dem Parlament. Weil die Sorgen übergroß sind. Und weil wir Lösungen brauchen. Jetzt, sofort. Wir haben keine Zeit mehr für untaugliche Ausreden.

**Wo ein Wille, da ein Weg!
Wo kein Wille, da Ausreden!**

GAP und die bitteren Ernten für die Bauern:

50 Forderungen des UBV an die Politik – Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik!

Folgende Forderungen bzw. Lösungsvorschläge braucht es aus Sicht des UBV SOFORT!

Forderung 1: Abgeltung der Inflation bei allen öffentlichen Geldern

Es braucht sofort die Abgeltung der Inflation bei allen öffentlichen Geldern, rückwirkend mit dem Stichtag 1.1.2000. Das gilt für alle Geldleistungen aus Brüssel wie nationalen Geldflüsse. Wir erwarten, dass dies genauso selbstverständlich ist, wie für den gesamten öffentlichen Sektor einschließlich Politik. Wie groß die Schieflage bei den Einkommen der Bauern ist, zeigen unsere Beispiele vom Milchpreis. Dieser Dramatik muss man keine weiteren Worte mehr hinzufügen.

Ohne Inflationsabgeltung überlebt kein Bauer!

Beispiel Milch: Wer kassiert die höheren Spannen?

Entwicklung Erzeugermilchpreis / pro Liter

1994 – Erzeugermilchpreis	= 54 Cent brutto
2021 – Erzeugermilchpreis	= 39 Cent brutto
2022 – Erzeugermilchpreis	= 60 Cent brutto
2023 – Erzeugermilchpreis	= 49 Cent brutto
2024 – Erzeugermilchpreis	= 53-56 Cent brutto
2024 – Notwendiger Erzeugermilchpreis Index-angepasst = 1,08 Euro brutto	

Die Inflation (Index 1995 = 100) beträgt seit 1995 rund 97 %, d.h. der Bauernmilchpreis müsste bei rund 1,1 Euro liegen!
<https://www.wko.at/statistik/prognoseinflation.pdf>

Entwicklung Konsumentenmilchpreis / pro Liter

1994 – Konsumentenmilchpreis = 76-86 Cent
2021 – Konsumentenmilchpreis = 1,26-1,36 Euro
2024 – Konsumentenmilchpreis = 1,50-1,80 Euro

Differenz Bauernmilchpreis - Konsumentenmilchpreis

1994 – Bauernmilchpreis – Konsumentenmilchpreis = 22-30 Cent
2021 – Bauernmilchpreis – Konsumentenmilchpreis = 90 Cent
2024 – Bauernmilchpreis – Konsumentenmilchpreis = 100-130 Cent

Wer kassiert die höheren Spannen?

Daher fordert der UBV: Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik
Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben

Der UBV hat als einzige Bauernvertretung einen konkreten, praxistauglichen Vorschlag für neue Wege auf den Tisch gelegt. Wir fordern unter anderem bei Lebensmitteln einen Preisaufschlag von maximal 100 % durch den Lebensmittelhandel (LEH). Damit schiebt man dem Import von Billigprodukten durch den LEH, die unsere Erzeugerpreise unter Druck setzen, einen Riegel vor.

www.ubv.at

Bauerneinkommen – Beispiel Milch

Seit 1994 bis zu 90 % Kaufkraftverlust

Beispiel Milch mit Wurstsemmel:
1994 konnte man sich beim Verkauf von 1 Liter Milch rund 3 Wurstsemmeln kaufen.
2024 muss man 4 Liter Milch verkaufen, damit man sich 1 Wurstsemmel leisten kann!

1994		1 Liter Milch	=		3 Wurstsemmel
2024		4 Liter Milch	=		1 Wurstsemmel

Beispiel Milch mit Betriebsmittel (Diesel):
1994 konnte man sich mit dem Verkauf von 1 Liter Milch 1 Liter Diesel kaufen.
(Dieselpreis – ca. 55 Cent; Milchpreis – ca. 53 Cent)
2024 müssen wir 3 bis 4 Liter Milch für 1 Liter Diesel verkaufen.
(Dieselpreis – ca. 180 Cent, Milchpreis – ca. 54 Cent oder weniger)

1994		1 Liter Milch	=		1 Liter Diesel
2024		4 Liter Milch	=		1 Liter Diesel

Der Kaufkraftverlust von 90 % und mehr trifft praktisch in jeder Sparte!

Warum?

- Weil wir keine Abgeltung der Inflation haben – weder bei den Erzeugerpreisen, noch bei den Ausgleichszahlungen. Dafür sind die Betriebsmittel um das 3- bis 5-fache gestiegen.
- Bei einer Inflationsabgeltung (wie sonst überall) wäre der Bauernmilchpreis heute bei rund 1,08 Euro.
- Der Index stieg seit 1995 um 97 % – von 100 auf 197.
- Weil bei Import-Lebensmitteln, die dann im Regal des Lebensmittelhandels stehen, andere Spielregeln gelten. Vieles ist bei Import-Lebensmitteln erlaubt, was bei uns verboten ist.

Faire Spielregeln sehen anders aus. Diesen ungleichen, unfairen Wettbewerb lehnen wir ab.

Das Beispiel Milchpreisentwicklung und Kaufkraftverlust zeigt brutal auf, wie krank die von der (Agrar-)Politik geschaffenen Spielregeln für die Land- und Forstwirte in Österreich und in der EU sind. Die Politik schafft nur Rahmenbedingungen für Konzerne. Die Bauern sind egal – es scheint, sie sind im Weg. Die aktuelle gemeinsame EU-Agrarpolitik GAP ist ein Himmelfahrtskommando für die Bauern und ruiniert die Bauernexistenzen - europaweit.

Dieses Bauern-Vernichtungsprogramm GAP wird in Österreich von der Bauernvertretung als Erfolg bewertet. Warum? Und es stellen sich folgende Fragen:

- Was läuft bei der Entwicklung der Erzeugerpreise für die Land- und Forstwirte falsch?
- Wer nimmt hier seine Verantwortung nicht wahr bzw. warum werden die Bauerninteressen nicht vertreten?

Diese desaströsen Erzeugerpreise in praktisch jeder Sparte ruinieren die Bauernexistenzen. Bauern haben nur eine ökonomische Zukunft, wenn es eine andere, eine neue Agrarpolitik gibt!

Daher fordert der UBV: Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik
Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben

Der UBV hat dazu als einzige Bauernvertretung einen konkreten, praxistauglichen Vorschlag auf den Tisch gelegt: www.ubv.at

Forderung 2: Anhebung der Mehrwertsteuer bei Agrarprodukten auf 20 %

Wir fordern die generelle Anhebung der Mehrwertsteuer für Erzeugnisse aus der Land- und Forstwirtschaft ab 2025 auf 20 %. Damit kann mit einer Sofortmaßnahme eine Abgeltung der Inflation für die Land- und Forstwirte rasch umgesetzt. Pauschalierte Bauern haben so unmittelbar eine Erleichterung bei den zahllosen finanziellen Belastungspaketen, die sie stemmen müssen, weil sie sofort mehr Geld in der Tasche haben.

Forderung 3: Eine echte Leistungsabgeltung aller erbrachten Leistungen durch die Bauern

Wir fordern die Leistungsabgeltung aller durch den Bauern erbrachten Leistungen ab 2025. Diese „echte“ Abgeltung auf der Basis Bewirtschaftung von 1 ha Land kann man nach dem UBV-Modell umzusetzen. Im Zusammenhang mit den Geldern aus Brüssel braucht es generell einen kompletten Paradigmenwechsel. Es kann nicht sein, dass ca. 10 % der Betriebe in der EU rund 60 % der Gelder bekommen und der Rest – also 90 % - den Rest. Unser Plan sieht dazu eine Deckelung ab 100 Hektar vor, davor eine Staffelung. Das aktuelle Modell ruiniert die Bauern ökonomisch. Vielleicht will man das? Jedenfalls muss sich das aus unserer Sicht sofort ändern. So kann man Bauern dann ökonomisch wieder wirklich stärken.

■ Abgeltung je ha Kulturland:

- 1 - 30 ha 900,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)
- 31 - 60 ha 700,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)
- 61 - 100 ha 500,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)
- Über 100 ha 200,00 Euro – davon 150,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)

■ Biobauern: + 400,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

- ### ■ Tierhalter: + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
- Vorgaben: mindestens 0,5 GVE & max. 2 GVE je ha, Auslaufmöglichkeit bzw. & Laufstall

■ Tier-Wohl: + 300,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Für Benachteiligungen bei der Bewirtschaftung gibt es folgende Staffelungen je ha:

- Erschwernis 1 + 100,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
- Erschwernis 2 + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
- Erschwernis 3 + 300,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
- Erschwernis 4 + 500,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

■ Landschaftselemente: + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

■ Beim Wald gilt folgende Staffelung:

- 1 - 30 ha 400,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie
- 31 - 60 ha 350,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie
- 61 - 100 ha 300,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie
- Über 100 ha 200,00 Euro – davon 150,00 € als CO₂-Prämie

■ Für Flächen über 1.000 ha gibt es keine Leistungsabgeltungen mehr, bei der CO₂-Prämie sind jedoch 100,00 Euro angesetzt.



Beispiel:

Ein Betrieb hat 110 ha. Dann gibt es für die ersten 30 ha 900 €/ha, für die zweiten 30 ha 700 €/ha und für die 40 ha auf 100 ha 500 €/ha. Für die 10 ha darüber gibt es 200 €/ha.

Dazu gibt es bei jedem Betrieb die Option von Zuschlägen für Bio (bei Biobauern) bzw. generell für Tierhalter sowie für Tierwohl und Landschaftselemente (jeweils ohne Almflächen)!

Die angeführten Zahlen sind an die Inflation anzupassen. Dazu sind die Leistungszahlungen gedeckelt.

Forderung 4: Verbot des Handels und des Imports von Lebensmittel, die nicht die gleichen Auflagen in der Produktion haben, wie wir

Wir fordern konkret das Verbot des Handels und das in Verkehr bringen von Lebensmitteln, egal ob aus dem EU-Ausland oder aus Drittstaaten, wenn diese nicht die gleichen Auflagen bei der Produktion haben, wie wir z.B. in Österreich. Das ist wie bei den Spielregeln im Sport anzuwenden. Die aktuell gelebte Praxis mit dem freien Warenverkehr ermöglicht dem Betrug Tür und Tor. Ungleiche Übergangszeiten bei Änderung von Vorgaben gehen immer auf Kosten jener, die schneller oder früher umstellen (müssen).

Forderung 5: Einführung einer unverwechselbaren Herkunfts-Kennzeichnung

Die Lebensmittel Herkunfts-Kennzeichnung ist unmittelbar neu zu regeln, damit sich der Konsument nicht mehr verbiegen muss, um zu verstehen, was er einkauft. Es braucht eine einfache, unkomplizierte, aber nachvollziehbare Herkunfts-Kennzeichnung. Es muss leicht verständlich draufstehen, wo die Lebensmittel herkommen. Damit hat man zwar nicht mehr Geld verdient, aber es gibt Klarheit bei der Produktherkunft.

Forderung 6: Sofortige Kontrolle beim Handel mit Lebensmittel

Derzeit sind dem Betrug beim Handel mit Lebensmittel Tür und Tor geöffnet. Am Beispiel der „illegalen“ Importe von z.B. Geflügel aus der Ukraine, dass plötzlich zum „EU-Geflügel“ wird oder die unkontrollierten ukrainischen Getreideimporte in die EU – auch direkt nach Österreich – sieht man, dass es dringend eine sofortige Kontrolle beim Handel mit Lebensmittel braucht. Anstatt die Bauern zu sekkieren, sollen AK, die LK und die AMA diese Kontrollen durchführen. Jeder Missbrauch, der von der EU nicht geregelt wird, muss für jene, die finanziell wegen schlechter Spielregeln benachteiligt werden, finanziell ausgeglichen werden.

Forderung 7: Abgeltung der Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff

Die Bauern sind die einzige Berufsgruppe, die mit der aktiven Bewirtschaftung CO₂ speichern und Sauerstoff erzeugen. Wir fordern daher die Leistungs-Abgeltung für die Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff durch eine aktive Land Bewirtschaftung durch Bauern. Es ist nicht einsichtig, dass Konzerne oder Autofirmen wie (TESLA – Musk) CO₂ Zertifikate handeln, obwohl sie selbst kein Land bewirtschaften und wir Bauern sind die dummen. Dazu muss der CO₂ Zertifikatshandel für Landwirte unkompliziert ermöglicht werden. Am Beispiel THG Handel für Besitzer eines E-Autos wird gezeigt, wie einfach das gehen kann.

Wir fordern eine **CO₂-Prämie von 200 Euro je Hektar** für die Erzeugung von Sauerstoff und die Bindung von CO₂ im Boden oder im Wald. Das geht nur durch Bewirtschaftung!

Abgestorbene Flächen oder brach liegende Flächen = keine grünen Pflanzen bzw. Blätter = kein Chlorophyll = keine Photosynthese = keine Sauerstoffproduktion!

Es braucht grüne Wiesen, Felder und Wälder. Das garantieren die Land- und Forstwirte jedes Jahr!



Es braucht neue Wege für Bauern und Gesellschaft

Ein Projekt des Unabhängigen Bauernverbandes (UBV)



Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik

Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben

Mit der Bewirtschaftung von Land erbringen Land- und Forstwirte folgende Leistungen:

Wir erzeugen beste regionale Lebensmittel und gepflegtes Kulturland. Dazu speichern wir durch das aktive Bewirtschaften der Flächen in den Böden und mit den Pflanzen CO₂ und erzeugen gleichzeitig Sauerstoff - O₂! Für die Lebensmittel erhalten wir keine kostendeckenden Preise. Wir zahlen wegen unfairer Spielregeln dazu. Die gepflegte Kulturlandschaft, die Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff wird derzeit überhaupt nicht bezahlt. Das ist bis heute eine unentgeltliche Leistung der Bauern. Wir wollen für die Zukunft kostendeckende Preise für die Lebensmittel durch brauchbare Spielregeln. Weiters eine Abgeltung aller unserer Leistungen zur Erhaltung und Gestaltung einer intakten Kulturlandschaft sowie für die CO₂-Speicherung und die Sauerstoff-O₂-Erzeugung.

Was leisten die Bauern am Beispiel ACKERBAU an CO₂ und Sauerstoff?

Was leisten die Bauern am Beispiel WALD und GRÜNLAND an CO₂ und Sauerstoff?

- ▶ Wir speichern bei **GETREIDE** je Hektar rund **24 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **18 Tonnen O₂** im Jahr.
- ▶ Wir speichern bei **MAIS** je Hektar rund **32 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **24 Tonnen O₂** im Jahr.
- ▶ Wir speichern bei **KARTOFFELN** je Hektar rund **24 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **18 Tonnen O₂** im Jahr.
- ▶ Wir speichern bei **WINTERRAPS** je Hektar rund **14 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **10,8 Tonnen O₂** im Jahr.
- ▶ Wir speichern bei **ZUCKERRÜBEN** je Hektar rund **36 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **27 Tonnen O₂** im Jahr.

- ▶ Wir speichern bei **GRÜNLAND** je Hektar rund **24 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **18 Tonnen O₂** im Jahr.
- ▶ Wir speichern bei **ENERGIEHÖLZERN** je Hektar rund **20 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **15 Tonnen O₂** im Jahr.
- ▶ Wir speichern bei **BUCHENWALD** je Hektar rund **12 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **18 Tonnen O₂** im Jahr.
- ▶ Wir speichern bei **LAUBWALD** je Hektar rund **12 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **15 Tonnen O₂** im Jahr.
- ▶ Wir speichern bei **NADELWALD** je Hektar rund **10-13 Tonnen CO₂** und erzeugen bis zu **30 Tonnen O₂** im Jahr.

Forderung 8: Keine Internationalen Handelsverträge ohne komplette finanzielle Abgeltung für die heimische Landwirtschaft für „ALLE“ Benachteiligungen

Keine internationalen Handelsverträge mehr, ohne einen vollkommenen – Index gebundenen, finanziellen Ausgleich für die Bauern für entstehende Benachteiligungen. Dieses Vorgehen ist gesetzlich zu verankern. Derzeit zahlt die Landwirtschaft in der Regel die Gewinne von Konzernen anderer Branchen. Das ist für die Bauern kein akzeptables Modell für eine ökonomisch nachhaltige Wirtschaftsweise.

Forderung 9: Nein zu MERCOSUR

Wir lehnen die geplante Freihandelszone MERCOSUR ab. Das ist eine „Lex Automobile“, wie dies der ehemalige Chef der AGRANA, Johann Marihart betonte. Es könne nicht sein, dass man die Landwirtschaft anderen Industrien opfern möchte. Handelsabkommen können nicht immer so gestaltet sein, dass die Landwirtschaft für die Gewinne anderer Branchen zahlen müsse. Internationale Handelsabkommen müssen entweder die Landwirtschaft ausklammern oder aber die Verluste ohne Abschlag finanziell abgelteten.

Am Beispiel des geplanten Handelsdeals MERCOSUR wird auch die gesamte Strategie der EU-Landwirtschaft ad absurdum geführt. So setzt man bei uns seit Jahren auf gentechnikfreie Produkte bei Lebensmittel. Und dann sollen Waren aus Ländern nach Europa kommen, wo man nicht nur den Regenwald ohne Grenzen niederholt, sondern wo auch die Gentechnikfirmen den Takt für die Erzeugung vorgeben. Dieser Deal ist kein Zufall, sondern ein geplanter Anschlag auf die Bauern in der EU.

Forderung 10: Nein zur Gentechnik Schere

Wir lehnen die von Brüssel geplante Anwendung einer „Gentechnik Schere“ ab. Wir wollen freie Bauern bleiben und brauchen keine Genschere für angeblich mehr Ertrag. Dieser Plan ist ein weiterer Schritt in eine totale Konzernabhängigkeit. Wir brauchen Spielregeln, die uns unterstützen und nicht solche, welche die bäuerlichen Existenzen ruinieren.

Dazu muss man ergänzend festhalten, dass wir das gesamte Konzept der Vermarktung rund um heimische Erzeugnisse am Beispiel der Milch seit vielen Jahren auf komplett gentechnikfreier Fütterung aufgesetzt haben. Jetzt soll das alles umsonst sein? Das ist ein Irrgarten ohne Auswege für die Bauern, schafft nur Abhängigkeit für sie und bringt keine Problemlösung. Die Gentechnikschere schafft Abhängigkeit und keine Gewinne bei den Bauern.

Forderung 11: Preisvorgabe bei den Grundnahrungsmitteln für den LEH, max. 100 % Aufschlag

Es braucht bei den Grundnahrungsmitteln eine Preisvorgabe – vergleichbar mit einem Mindestlohn bei unselbständig Beschäftigten. Die Festschreibung von Mindestpreisen für die Bauern bei Lebensmitteln ist notwendig, damit die Produktion von regionalen Lebensmitteln erhalten bleibt. Jedenfalls sehen auch Vertreter des LEH diesen Schritt als überlegenswert wie umsetzbar.

Für den LEH muss gelten: maximal 100 % Preisauflschlag auf den Einkaufspreis, damit sind regionale Lebensmittel geschützt und das Preisdumping gegenüber regionalen Produkten wird abgestellt. Beispiel: Kauft der LEH ein Produkt um 40 Cent je Einheit ein, so kann er 40 Cent (100%) aufschlagen. Verkaufspreis dann 80 Cent. Kauft er ein Produkt (z.B. aus Österreich) um 1 Euro ein, so kann er 1 Euro aufschlagen. Damit ist die Spanne nicht 40 Cent, sondern 1 Euro. Damit kann man dem Dumping gegenüber unseren Produkten abstellen und schützt die regionale Produktion.

Forderung 12: Stopp der Bürokratie – Reduktion der Auflagen und der Behörden um 50 %

Wir fordern den Wucher an Bürokratie sofort zu stoppen. Das gilt von Brüssel bis nach Wien.

Wir fordern eine Reduktion der Bürokratie und der Behörden um mindestens 50 %.

Dazu fordern wir, dass die aktuelle Kontrollwut in der aktuellen Form gestoppt wird bzw. man diese für die Bauern zumutbar neu aufsetzt.

Es kann nicht sein, dass immer weniger Bauern mit immer mehr Kontrolloren konfrontiert sind. Und, dass wir bei jeder Arbeit wie in einem offenen Gefängnis sitzen und fragen müssen, ob wir was tun dürfen, um nicht als kriminell abgestempelt zu werden. Dazu gehört generell auch ein Ende der Schikanen durch die AMA. Am Beispiel Kleintierhaltung z.B. Ziegen, hat ein Betrieb auch einige Ziegen am Betrieb, zieht man auch hier ein unerträgliches Kontrollsystem auf. Das sind Schikanen, die sind umgehend abzustellen.

Forderung 13: Nur mehr 1 (ein) Mehrfachantrag je Periode

Wir wollen nur mehr einen Mehrfachantrag je Periode. Korrekturen müssen unkompliziert jährlich möglich sein. Die aktuelle Praxis ist ein Moloch an Bürokratie, der nicht notwendig ist.

Forderung 14: Jährlicher verpflichtender Quercheck aller Maßnahmen mit den Bauern

Wir fordern einen verpflichteten jährlichen Quercheck mit Bauern die Maßnahmen bzw. Vorgaben die GAP betreffend. Die aktuelle EU-Agrarpolitik mit den nationalen Ergänzungen und Verschärfungen durch Akteure, die von unserem Geld leben, aber unsere Arbeit nicht verstehen, muss sich komplett ändern.

Wir fordern dazu 1 x (einmal) im Jahr einen Maßnahmen Quercheck mit den Bauern. Das Ergebnis ist innerhalb eines Monats auszuwerten und die notwendigen Adaptierungen sind unmittelbar in bestehende Programme einzuarbeiten wie umzusetzen. Jeder Unternehmer korrigiert sofort falsche Pläne oder Schwachstellen. Den Bauern mutet man zu, dass sie 7 Jahre lang mit Fehlern und falschen Vorgaben wirtschaften sollen. Das muss sich sofort ändern.

Wir fordern dazu generell, dass jedes Land 100 Praktiker aus allen Sparten nominiert, die jede neue geplante Maßnahme auf deren Praxistauglichkeit prüft. Erst wenn aus der Sicht der Praxis eine praxistaugliche Lösung am Tisch ist, darf diese zu einer Abstimmung bzw. Umsetzung kommen.

Forderung 15: Praxistaugliche Toleranzgrenze bei Abweichungen

Wir fordern eine gesetzliche Verankerung für einen praxistauglichen Toleranzpegel bei allen GAP-Maßnahmen. Land bewirtschaften ist keine Reißbrettarbeit, sondern sie ist mit vielen Herausforderungen in und mit der Natur verbunden. Daher braucht es einen Toleranzpegel für Abweichungen, welcher der Praxis entspricht und nicht dem Papier, welches nach theoretischen Träumereien erstellt wurde.

Forderung 16: Stopp der sittenwidrigen Verträge

Wir fordern die derzeit praktizierte Handhabe bei Zeichnung von Mehrfachanträgen sofort zu ändern. Konkret fordern wir einen Stopp der sittenwidrigen Verträge. Diese sieht so aus, dass der Antragsteller immer – sprich Bauern – bei Fehlern zur Verantwortung gezogen wird, auch wenn ein „Fehler“ von einem anderen (externen Berater wie LK oder AMA) gemacht wurde. Zur Verantwortung gehört auch, dass die aktuell gelebte Praxis – bei Fehlern haftet immer der Bauer – nie das unterstützende Organ wie z.B. die Bauernkammer oder sonstige Hilfesteller sofort beendet wird. Das sind sittenwidrige Verträge.

Forderung 17: Gesetzlich verankertes Wassernutzungsrecht für die Landwirtschaft

Wir brauchen eine gesetzliche Verankerung mit einem unwiderruflichen Wasser Nutzungsrecht für die Landwirtschaft, damit diese gesichert für die Zukunft planen kann. Diese gesetzliche Verankerung für die Wassernutzung zur Erzeugung von Lebensmittel ist unabdingbar. Dazu braucht es auch einen echten Wasserwirtschaftsplan für die Land- und Forstwirtschaft – europaweit.

Forderung 18: Verbot des Inverkehrbringens von synthetischen Futter- und Lebensmitteln

Wir fordern ein gesetzliches Verbot des Inverkehrbringens von synthetischen Futter- und Lebensmitteln nach italienischem Vorbild. Das Zulassungsverfahren der „Neuen Gentechnik“ soll vom bisher geltenden Recht, das die Zulassung der „neuen Gentechnik“ nach den Regeln für „klassische Gentechnik“ erfolgt, entkoppelt werden.

Der aktuelle Vorschlag würde das Zulassungsverfahren stark vereinfachen und beinhaltet weder eine Kennzeichnungspflicht noch Lösungen für die Koexistenz, keine Opt-out Möglichkeit (=keine Möglichkeit einer nationalstaatlichen, souveränen Entscheidungsfreiheit gegen die „neue Gentechnik“) für Mitgliedstaaten, sowie keine Änderung im europäischen Patentübereinkommen. Für die österreichische Landwirtschaft bedeutet dies das Ende der „Gentechnikfreiheit“ mit all seinen marktwirtschaftlichen Folgen.

Forderung 19: Stopp des Bodenverbrauchs – Nutzung von Industriebracheflächen

Wer die Natur, den Naturraum und damit die Ökologie verbessern bzw. schützen soll, der sollte zuerst dort ansetzen, wo man dies unmittelbar erledigen kann. Konkret mit der Renaturierung oder der weiteren Nutzung von aktuell nicht genutzten Industrie-, Gewerbe und Wohnflächen. Anstatt immer wieder auf die grüne Wiese etwas Neues hinzustellen, sind in erster Linie diese derzeit brach liegenden, bereits versiegelten Flächen zu nutzen. In Österreich stehen lt. Umweltbundesamt 400.000.000 m² (= 40.000 Hektar) Industrie-, Gewerbe- und Wohnimmobilien leer (entspricht der Fläche der Stadt Wien).

- *Täglich werden in Österreich 11,3 Hektar Äcker und Wiesen verbaut. Das sind 16 Fußballfeldern*
- *2,5 Hektar: Das ist das Ziel des täglichen Bodenverbrauchs, auf das sich die Österreichische Bundesregierung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie bereits im Jahr 2002 verständigt hat.*
- *Faktum ist aber, dass wir in Österreich in den letzten 20 Jahren jeden Tag durchschnittlich 20 Hektar Äcker und Wiesen (entspricht 30 Fußballfeldern) zubetoniert haben*
- *Österreich verliert jährlich 0,5 % seiner Agrarfläche. In 200 Jahren gäbe es bei Fortschreiten dieser Entwicklung so gut wie keine Agrarflächen mehr in Österreich*
- *Österreich hat mit 15 Meter pro Kopf eines der dichtesten Straßennetze: Deutschland 7,9 Meter, Schweiz 8,1 Meter pro Kopf*
- *Mit 60 Supermärkten pro 100.000 Einwohner führt Österreich das EU-Ranking an: Dänemark 49, Deutschland 40, Italien/Frankreich 28, Tschechien 26, Ungarn 23 (Quelle: OpenStreetMap Mai 2023)*
- *In den letzten 25 Jahren verlor Österreich durch Verbauung 150.000 Hektar Äcker und Wiesen. Das entspricht der gesamten Agrarfläche des Burgenlands*
- *Jährlich verbauen wir das Brotgetreide für das Burgenland. Das entspricht dem Bedarf von 300.000 Einwohnerinnen.*

Forderung 20: Schutz von Flächen für die Erzeugung von Lebensmittel

Der UBV fordert einen rechtlichen Schutz für landwirtschaftlichen Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln. Die Verwendung von Bauernland für andere Nutzungen darf nur mit dem Einverständnis der Bauern als Grundeigentümer erfolgen.

Forderung 21: Beibringung von wissenschaftlichen Eckdaten für Umweltleistungen

Bei unseren Gesprächen in der EU-Kommission mit GD für Landwirtschaft Dr. Wolfgang Burtscher wurde kommuniziert, dass wenig bis keine Zahlen beigebracht werden, wieviel z.B. CO₂ in der Landwirtschaft in den letzten 30 Jahren eingespart bzw. gebunden wurde. Für das Lukrieren von Agrargeldern ist es wichtig, gegenüber der GD-Umwelt Zahlen zu liefern, die wissenschaftlich aufbereitet sind und die aufzeigen, was die Landwirtschaft an positiven Effekten bereits seit Jahren für Natur und Umwelt geleistet hat.

Forderung 22: Erweiterung – Änderung der Urproduktenliste

Es braucht umgehend eine Erweiterung - Änderung der Urproduktenliste. Die notwendigen Änderungen sollen den Bauern rasch ermöglichen, z.B. nicht nur Schweinehälften zu vermarkten, sondern dass alle Produkte, die im Zuge einer Verarbeitung möglich sind, verarbeitet und vermarktet werden können. Beispiel Milch: Die Verarbeitung von Milch zu Frischkäse ist bei Ziegen erlaubt, bei den Kühen aber nicht! Beispiel Hendl oder Schweinderl: ein Hendl oder ein Schweinderl, welches am Bauernhof aufwächst darf man nur zerteilen – sprich halbieren. Alles, was über das Halbieren hinausgeht, also z.B. die Flügel oder Haxerl abtrennen, gehört nicht mehr zur Urproduktenliste. Das muss sich sofort ändern.

Forderung 23: Preisvorgabe bei den wichtigsten Grundnahrungsmitteln, max. 100% Aufschlag

Es braucht bei den Grundnahrungsmitteln eine Preisvorgabe – vergleichbar mit einem Mindestlohn bei unselbständig Beschäftigten. Die gesetzliche Festschreibung von Mindestpreisen für die Bauern bei Lebensmitteln ist notwendig, damit die Produktion von regionalen Lebensmitteln erhalten bleibt. Jedenfalls sehen auch Vertreter des LEH diesen Schritt als überlegenswert wie umsetzbar. Bei importierten Waren muss gelten: Maximal 100% Preisaufschlag auf den Einkaufspreis, damit sind regionale Lebensmittel auch geschützt und das Preisdumping gegenüber regionalen Produkten wird abgestellt.

Forderung 24: Gesetzlich verankertes Wassernutzungsrecht für Teichwirtschaft

Wir brauchen dringend eine gesetzliche Verankerung für ein unwiderrufliches Wasser Nutzungsrecht für alle Formen der Teich- und Fischwirtschaft. Verbunden mit einem effizienten Schutz gegen Fischotter, Fischreiher & Kormoranen.

Forderung 25: Nein zur ausschließlichen Handy Signatur/ID Austria bei Anträgen usw.

Wir lehnen eine ausschließliche bzw. alleinige Handy Signatur/ ID Austria bei Anträgen, Behördenakten usw. ab. Die persönliche Handunterschrift muss unantastbar bleiben. Egal zu welchem Anlass, es muss die persönliche Unterschrift immer Priorität haben und darf nie gestrichen werden. Es muss Wahlfreiheit gelten, Bürger oder Bauern entscheiden, wie sie unterschreiben wollen, nicht der Staat/das Amt.

Forderung 26: Komplette nationale Abgeltung aller Kürzungen von GAP Geldern

Wir fordern eine komplette nationale Abgeltung von Kürzungen bei GAP-Geldern durch Brüssel. Das ist gesetzlich sicher zu stellen. Alle Gelder, die von Brüssel gekürzt und für andere Zwecke, wie jene der Stärkung der Land- und Forstwirtschaft verwendet werden, sind national abzugelten bzw. auszugleichen.

Forderung 27: Gesetzlicher Schutz von Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln Keine PV-Anlagen auf Acker und Grünland ohne konkrete Zustimmung der Eigentümer

Wir brauchen für die Sicherung von besten Böden für die Erzeugung von Lebensmitteln eine gesetzliche Basis für den Schutz dieser Agrarflächen. Damit bleibt die Erzeugung von Lebensmitteln in den Regionen gesichert. Wenn man von Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln spricht, muss man jene Flächen schützen, auf denen wir regionale Lebensmittel erzeugen können. Wir brauchen daher dringend einen Schutz für landwirtschaftlich genutzte Flächen vor dem Zugriff zur Aufstellung von Photovoltaik-Anlagen. Aus unserer Sicht ist dafür der nachstehende Kriterienkatalog als Richtschnur für PV-Anlagen anzuwenden.

- 1) *Zuerst sind brach liegenden Industrieflächen, bereits befestigten Flächen - Parkplätze von Sportstätten, Lebensmittelgeschäften usw. oder Dachflächen von öffentlichen Gebäuden, zur Errichtung von PV-Anlagen zu nutzen.*
- 2) *Hierzu gibt es österreichweit tausende Hektar an Potentialflächen, die genutzt werden müssen, um wertvolle landwirtschaftliche Flächen zu verschonen.*
- 3) *Es muss einen Schutz von Agrarflächen als ausgewiesene Vorrangflächen für die Erzeugung von Lebensmitteln geben. Wenn Agrarflächen für die Errichtung von PV-Anlagen ein Thema sind, dann müssen es in erster Linie Grenzertragsböden sein, die für PV-Anlagen Verwendung finden.*
- 4) *Eine Ausweisung von Agrarflächen darf nur im Einverständnis mit dem jeweiligen Grundeigentümer erfolgen und nicht gegen dessen erklärten Willen.*
- 5) *Beim Bau von PV-Anlagen auf Agrarflächen muss der Grundeigentümer immer eine Möglichkeit haben, als Betreiber mit aufzutreten. Es ist nicht akzeptabel, dass Bauern billig Grund abtreten sollen und beim Geschäft nicht wirklich mit dabei sind. Wer vom Landwirt als Energiewirt spricht, der muss auch die Möglichkeiten schaffen, damit die Bauern bei der Energiewende "mit im Boot" sind!*
- 6) *Hinsichtlich des Zeithorizontes braucht es einen konkreten Masterplan, nach dem innerhalb von längstens drei Jahren die notwendige Erneuerung wie der für den Betrieb von PV-Anlagen notwendige Ausbau des erforderlichen Stromnetzes final umgesetzt wird.*
- 7) *Zur Finanzierung: Wer für Corona-Maßnahmen Milliarden Euro in die Hand nimmt, von dem kann man ebenso verlangen und auch einfordern, dass er bei der zentralen Frage der Energieversorgung – diese ist notwendig zur Sicherung der Produktion regionaler Lebensmittel (das ist auch eine zentrale Aufgabe des Staates) – das notwendige Kapital für den Ausbau der PV-Anlagen in Form von langfristigen und günstigen Krediten bereitstellt. Die zu gewährende Unterstützung zahlt sich bereits innerhalb von rd. 20 Jahren aus, stärkt darüber hinaus die regionale Wertschöpfungskette und das Geld landet nicht nur in den Kassen einiger Großkonzerne oder von Banken.*

So schafft man konkrete Unabhängigkeit und echte Perspektiven in den Regionen. Der ländliche Raum braucht konkrete Taten und keine Absichtserklärungen.

Forderung 28: genereller Agrardiesel – Fahren mit Heizöl

Wir fordern einen generellen Agrardiesels. Wir fahren den Großteil des Jahres nicht auf öffentlichen Straßen. D.h. die Land- und Forstwirtschaft ist die meiste Zeit mit ihren Arbeitsgeräten am Acker, am Feld, auf einer Wiese oder im Wald unterwegs. Daher ist es nicht nachvollziehbar bzw. in Ordnung, wenn man eine Mineralölsteuer leisten muss. Daher fordern wir generell für land- und forstwirtschaftlich genutzte Fahrzeuge die Nutzung eines „Agrardiesels“ oder die Verwendung von Heizöl.

Forderung 29: Umsetzung der Nitratrictlinie – Gülleverdünnung mit Wasser als eine Lösung

Die Umsetzung der Ziele der Nitratrictlinie ist derzeit eine besonders nervige Herausforderung für die Landwirte. Wir fordern als Alternative für die bodennahe Ausbringung die weitere Ausbringung mit dem Breitverteiler auf der Basis von verdünnter Gülle mit Wasser. Wie z.B. In Bayern. Wir haben den wissenschaftlichen Nachweis, dass diese Option funktioniert - sie ist für die Bauern bedeutend billiger.

Forderung 30: Erhöhung der Strohprämie für mehr Tierwohl

Laut Rinderbörse sind 180 Euro Strohprämie zu wenig – alle wünschen mehr Tierwohl, der Lebensmitteleinzelhandel zahlt keinen Aufschlag dafür. Daher fordern wir eine Verdoppelung der Strohprämie, damit das Thema wirtschaftlich funktioniert.

Forderung 31: Ende des Ausschließens von Leistungsabgeltung – Beispiel Naturschutz

Derzeit schließt das Gesetz aus, dass man z.B. bei der Teilnahme für Naturschutzmaßnahmen in einem Bundesland und einer Prämie dafür auch eine Betriebsprämie oder die ÖPUL-Prämie erhält. Wir fordern hier eine Abänderung des Gesetzes, denn die Einschränkung von Bewirtschaftungsmöglichkeiten durch solche Maßnahmen bedeutet eine Betriebserschwerung. Zudem ist das auch eine erbrachte Leistung des Betriebes.

Forderung 32: Grüner Bericht braucht neues Konzept

Die aktuelle Erstellung des Grünen Berichts bildet nicht wirklich die Einkommen der Land- und Forstwirtschaft ab. Sie ist eher der Versuch, die Agrarpolitik und ihre Maßnahmen in einem guten Licht dastehen zu lassen. Der Grüne Bericht muss mit einem neuen KONZEPT neu aufgestellt werden. Folgende Themen sind für eine komplette Neuausrichtung der Erstellung des Grünen Berichts notwendig:

- 1) Wenn der Grüne Bericht eine Darstellung der echten Einkommen der Bauern sein soll, dann muss er auch die tatsächlichen Einkommen, die sich aus Einnahmen und Ausgaben deklarieren, beinhalten.
- 2) Dann kann man konkrete Ableitungen über das tatsächliche Einkommen der Land- und Forstwirte in Kombination mit den aufgewendeten Arbeitszeiten definieren und damit auch einen echten Vergleich mit anderen Berufsgruppen anstellen. Derzeit ist die Stundenbasis für die Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft mit 2.160 Jahres Arbeitsstunden fixiert. Alle anderen Berufe setzen 1.670 Stunden an. Es ist schon abenteuerlich, wie die eigene Bauernvertretung sich derzeit die Bauereinkommen – oder das eigene Versagen schön rechnen will – auf Kosten der Bauern.
- 3) Die Parameter für die Erstellung sind neu zu definieren. Derzeit werden im wahrsten Sinn des Wortes Kraut und Rüben gemischt, um ein taugliches Ergebnis im Sinne der Autoren zu bekommen.
- 4) Beispiel: Derzeit rechnet man alle „Sozialleistungen“ des Staates als Einkommen der Bauern. Das gibt es in keiner anderen Berufsgruppe, das sogenannte Transferleistungen (Familienbeihilfen, Kinderbeihilfen, Mietkostenzuschüsse usw.) plötzlich als Einkommen aus dem aktuellen Beruf bzw. der aktuellen Arbeit definiert sind.
- 5) Oder: Die Bauernpensionen bzw. die Zuschüsse an die Bauernpension werden von Kammer, Ministerium und Bauernbund als Einkommen für die aktiven Bauern definiert und dargestellt.
- 6) Es gibt auch kaum eine echte, klare Abgrenzung zu den Geldern, die wirklich direkt an die Bauern gehen und jene Gelder, welche die gesamte Verwaltung frisst. Das muss sich komplett ändern.
- 7) Damit entsteht eine komplette Verzerrung der tatsächlichen Einkommen der Bauern und ein Bild, als ob für die Bauern Milch und Honig fließen würden.

Abschließend ist auch noch festzuhalten, dass die sogenannte & 7 Kommission mit 22. Juni 2022 außer Kraft getreten ist. Warum ist das so? Wer oder was ersetzt diese jetzt?

Forderung 33: Eigenes Wirtschafts- Forschungsinstitut der Agrarwirtschaft

Aktuell werden wir immer mit Zahlen – erstellt vom WIFO, auch zur Landwirtschaft – konfrontiert, welches von der Wirtschaft finanziert wird. Damit ist das WIFO immer auch gefährdet, parteiisch zu sein. Und die Landwirtschaft schaut dabei dann auch nicht immer gut aus. Es erscheint dringend angebracht, dass die Land- und Forstwirtschaft sich hier neu aufstellt und ein eigenes Institut entwickelt, wo die Leistung des gesamten Ländlichen Raums – Land- und Forstwirtschaft und dort ansässige Wirtschaft – dargestellt werden muss. Damit kann man den wahren Wert der Bauern in ihrer wirtschaftlichen Gesamtleistung so darstellen, wie er wirklich ist. Das stärkt für alle Finanzverhandlungen und bremst die Zentralisierungsflut der Politik.

Forderung 34: Mehr Bauernmitsprache bei der AMA-Marketing

Die Ergebnisse wie Erkenntnisse der AMA-Marketing-Aktivitäten gehen aktuell schon sehr weit weg von den Bauernanliegen wie Interessen – die Werbung und Vermarktung betreffend. Die Bauern dürfen zwar ordentlich viel Geld in diesen Topf einzahlen, mitreden und entscheiden tun aber viele andere. Wir fordern hier eine Abänderung des Systems, wo – unserem Vorschlag nach, aus jedem Bundesland mindestens 2 Praktiker in den Verwaltungsrat gewählt werden, um dort aus der Sicht der Praxis mitwirken zu können.

Forderung 35: Deutsches Modell der SVS-Beiträge beim Nebenerwerb – Familienbonus plus

Wir fordern die Anpassung der Regelung, wonach ein Nebenerwerbsbauer derzeit bei uns zwei Beiträge zur Sozialversicherung leisten muss, an die Regelung in Deutschland. Es ist nicht einsichtig, warum man bei einem fixen Angestelltenverhältnis bei den geringen Erträgen in der Landwirtschaft noch einmal zur Kasse gebeten wird. Dazu fordern wir den Familienbonus plus auch für die Landwirtschaft.

Forderung 36: Ungelöstes Almten Problem – Almflächen Problem

Wir fordern endlich eine Lösung bei den Almflächen. Es gibt Unterlagen, die nachweisen, dass man die Almbauern zu Unrecht um die Abgeltung von erbrachten Leistungen brachte. Begonnen hat das Desaster unter Agrar-Minister Berlakovich. Bis heute hat kein einziger seiner Nachfolger die ungerechte Behandlung der Alm-Bauern einer Lösung zugeführt. Wir fordern die falsche Darstellung der Almbauern betreff der Almflächen richtig zu stellen und das Unrecht, das man den ihnen zumutet, endlich zu beenden. Die aus unserer Sicht zu Unrecht zurückgeforderten Gelder sowie die Nicht-Auszahlung von Geldern ist richtig zu stellen. Den Almbauern ist das Geld wieder auszuzahlen bzw. nachzuzahlen.

Forderung 37: Sind die Landwirtschaftskammern noch zeitgemäß? Die LK sind neu zu denken!

Aus der Sicht des UBV braucht es eine komplette neue Strukturierung der Landwirtschaftskammer. Derzeit hängt die LK wie ein Fähnchen verloren im Wind. Für die Bauern sind sie oft mehr nervig denn nützlich. Dazu kommt die Zwangsmemberschaft, wir werden in Kosten gezwungen – weil hohe Lohnabschlüsse stattfinden, die nicht finanziert sind.

Wir meinen, die LK ist in Struktur und in der Leistung, die wir Bauern von dieser Einrichtung benötigen, neu zu denken und zu gestalten. Die aktuellen Entwicklungen auf den Märkten und den politischen Überlegungen sind den Kammern und ihrer Lösungskompetenz um Lichtjahre davongerannt. Die fitten Bauern brauchen keine Kammer in der jetzigen Form. Wir fordern daher eine Bauern-Zukunfts-Konferenz über die Zukunft dieser Organisation, wo viel Bauerngeld hineinrinnt, um sie neu aufzustellen.

Forderung 38: Verbot des Patents auf Saatgut

Agrarkonzerne lassen nach wie vor herkömmlich gezüchtetes Saatgut von Gemüse wie z.B. Salat und Paprika, aber auch Braugerste und Bier patentieren, obwohl solche Patente in Europa verboten sind. Damit wollen sie weiter ihre Milliarden-Gewinne steigern, gleichzeitig wollen sie den Saatgutmarkt kontrollieren und so in weiterer Folge die komplette Kontrolle über unsere Lebensmittel bzw. die

Forderung 39: Nein zum geplanten Bürokratie Wahnsinns EU-Entwaldungsrichtlinie

Die geplante EU-Entwaldungsrichtlinie. Wir lehnen die EU-Verordnung EUDR in dieser Form komplett ab! Aus österreichischer Sicht ist die gesamte Verordnung absolut sinnlos, wir haben das strengste Forstgesetz – seit Maria Theresia – dieser Welt. Es braucht neue Wege in der gemeinsamen Agrarpolitik – GAP. Dazu gehört auch das unglaubliche Vorhaben, die österreichischen Waldbesitzer bzw. Waldeigentümer bei einer allfälligen geplanten Nutzung ihres Waldes – also bei einer Entnahme von Bäumen – mittels eines kompletten Bürokratiewahnsinns praktisch zu entmündigen, um nicht zu sagen zu enteignen.

Man hat den Eindruck, jene, die diese EU-Verordnung über Entwaldungsfreie Produkte („EUDR“) erfunden haben, sind von allen guten Geistern verlassen. Vereinfacht auf den Punkt gebracht wollen komplett praxisfremde in Brüssel, dass man jeden Baum, jedes Stück Holz, welches aus einem Wald entnommen wird, per GPS-Daten hinsichtlich Erntestandort kennzeichnet. Das beginnt beim Waldbesitzer und geht weiter hin bis zu den Verarbeitern wie Sägeindustrie oder Papierindustrie. Abgesehen vom Datenwahnsinn ist das eine klare Entmündigung – im Grunde eine Enteignung der Waldbesitzer.

Weil es in einigen Regionen dieser Welt einen totalen Missbrauch bei der Waldrodung bzw. Waldnutzung gibt, um z.B. Soja anzubauen, sollen z.B. die Waldbesitzer in Österreich gehänselt, bestraft wie entmündigt werden. Es trifft am Ende die komplette europäische Land- & Forstwirtschaft mit aller Härte.

Der Stopp des Imports von Eiweißfuttermittel, wie z.B. Soja aus diesen Regionen nach Europa geht grundsätzlich in Ordnung. Wer aber so rigorose Handelseinschnitte bei Lebensmittel plant, der muss dann generell in jeder Hinsicht bei den Spielregeln wie Rahmenbedingungen konsequent sein. Das findet aber nicht statt. Dann dürfte nämlich auch kein Fleisch bzw. dürften dann auch keine anderen Lebensmittel mehr aus all jenen Regionen außerhalb Europas nach Europa importiert werden, welche auf der Basis der Waldrodungen oder sonstigen Missbrauchs von Boden aber auch von Menschen, erzeugt wurden.

Diese Spielregeln ändern sich aber nicht, weil die Rahmenbedingungen in den internationalen Handelsverträgen anders geregelt sind. Diese Verträge sind für Konzerne gestaltet, nicht für Bauern. Die EU drückt den Bauern nicht nur Handelsverträge aufs Aug, damit andere Wirtschaftsbereiche fette Gewinne machen können. Die EU plant mit dem aktuellen Regelwerk einer EU-Verordnung über Entwaldungsfreie Produkte einen Totalanschlag auf das Eigentum der Waldbesitzer. Auf den Punkt gebracht ist das die komplette Entmündigung bzw. Enteignung des europäischen Bauernstandes – ihren Wald betreffend.

Jährlicher Waldzuwachs in Österreich von 2.000 bis 3000 Hektar.

Wie pervers die Ideen in Brüssel sind, beweist die Waldinventur in Österreich. Demnach werden hier bei uns bzw. wachsen jährlich rund 2.000 bis 3.000 Hektar an Wald mehr bzw. zu. Mit anderen Worten, bei uns nimmt die Waldfläche jährlich enorm zu. In den letzten 50 Jahren sind demnach rund 330.000 Hektar neu an Wald entstanden. Dass den Missbrauch in anderen Regionen der Welt die Waldbauern bzw. Waldbesitzer hier bezahlen sollen, ist ein neuer Gipfel an unerhörten Vorgaben aus Brüssel. In Österreich hat man das strengste Waldgesetz – weltweit seit Maria Theresia. Das lernt jeder hier bei uns, der eine land- oder forstwirtschaftliche Ausbildung, egal wo, macht. Nur unsere Vertreter dürften dies nicht wissen.

Forderung 40: Nein zum Renaturierungsgesetz in der geplanten Fassung

Das EU – Renaturierungsgesetz ist in dieser Form für den Bauernstand ruinös! Als Bauer in der EU erwartet man sich, dass man solche Spielregeln wie Rahmen zum Wirtschaften wie zum Erzeugen von Lebensmittel bekommt, die den Bauernhöfen echte, vor allem auch ökonomische Perspektiven geben. Seit wir in der EU als Mitglied sind, passiert aber genau das Gegenteil. Das nun beschlossene Renaturierungsgesetz raubt in seiner Konsequenz tausenden Bauernfamilien die Existenzgrundlagen.

Das Ergebnis ist bei genauer Betrachtung ein komplettes Desaster für die Landwirtschaft. Möglich wurde dies u.a., weil man augenscheinlich seitens der Bauernvertretung jahrelang zugesehen und nicht reagiert hat, was sich da in Brüssel zusammenbraute. Mit dem aktuellen Gesetz, das auch ein konkretes Durchgriffsrecht seitens Brüssels in die Aktivitäten der EU-Mitgliedsstaaten einräumt, wird man vielen bäuerlichen Familien-Betrieben die Existenzen rauben bzw. diese ruinieren.

Schutz der Natur ist positiv – aber nicht als Einbahnstraße gegen Bauern. Aus der Sicht des UBV ist es grundsätzlich sehr gut bzw. begrüßenswert, wenn man den Wert von Böden und Wasser schätzt wie schützt. Damit sollte auch eine Wertschätzung für den Bauernstand einhergehen. Die Bauern gestalten seit Jahrhunderten unentgeltlich das Antlitz Europas. Der heutige Zustand der Naturlandschaft ist über Jahrhunderte gewachsen. Damit immer verbunden ist die Erzeugung von ausreichend, gesunden regionalen Lebensmitteln für die Menschen in diesen Regionen.

Wenn in dem Gesetz nun u.a. drinnen steht, dass 80% der „Natur“ in der EU in einem bedenklichen ökologischen Zustand seien, dann fragen wir, wer hat diesen Zustand so definiert? Und dabei soll die Anzahl der Schmetterlinge auf einem Feld ein zentraler Parameter für den Zustand der Natur sein?

Ideologie vor Hausverstand und Augenmaß. Das nun vorgelegte Gesetz ist eine ideologisch geprägte, sektiererische Maßnahme, die nicht nur die Bauern, sondern die gesamte EU-Wirtschaft ins Tal der Tränen stößt, wenn man dies so durchziehen sollte, wie es in dem Gesetz niedergeschrieben ist. Man erweckt zwar den Eindruck, die Mitgliedsländer hätten nun eh zwei Jahre Zeit, um konkrete Vorschläge für die Umsetzung vorzulegen. Das soll eine „Beruhigungspille“ sein?! Oder es seien eh nur die sogenannten „Natura 2000“ Flächen in Österreich betroffen. Ein Schelm, der Böses denkt. Es steht auch drinnen, dass man bis 2030 die Umsetzung der Pläne für 20 % vorsieht.

Eigener Planet EU – und was macht der Rest der Welt? Das Gesetz und die maßgeblichen Treiber tun so, als ob Europa – die EU und Ihre Mitgliedsstaaten – komplett allein auf dieser Welt wären. Es ist uns neu, dass die Luft vor Ländergrenzen stehen bleibt, dass Gewässer nur bis zur EU-Grenze fließen. Es ist uns neu, dass die EU keinen internationalen Handel mehr betreiben will und es war bisher auch nicht bekannt, dass man weltweit nun überall diese konkreten EU-Vorgaben anwenden wird. Es ist schon ein besonderer Treppenwitz, was sich da in Brüssel derzeit tut.

Es gilt: Ja für den Schutz der Natur, aber dann weltweit und mit den gleichen Spielregeln. Das sektiererische Pharisäertum an Ideologie wird abgelehnt. Ohne Wenn und Aber. Es ist nicht akzeptabel, dass man vorsätzlich und bewusst tausende Existenzen am Altar der ideologischen Eiferung einer entgleisten Grünbewegung opfern will. Und uns fehlt auch jegliches Verständnis, warum die Bauernvertretung nichts dagegen unternimmt, außer zu Jammern und zu Lamentieren?! Oder ist man im Dauertiefschlaf?

Wer zahlt uns Bauern den Verlust an Flächen? Wer zahlt uns 3.000 Euro pro ha Entschädigung?

Im Gesetz sieht man keine konkreten finanziellen Maßnahmen für allfällige Entschädigungen vor. Es geistert die Summe von rund 160 Mrd. Euro an Kosten für Renaturierungsmaßnahmen herum, doch niemand sagt, woher das Geld dafür kommen soll? Man möge dies einmal in den Ländern eruieren! Es wird darauf hinauslaufen, dass man die bisherigen Leistungsabgeltungen umschichtet bzw. neu definiert werden.

D.h. die Bauern werden in weitere „Fallen“ einer außer Rand und Band geratenen EU-Politik gelockt. Die Existenzen der bäuerlichen Familien interessieren in diesem Zusammenhang wieder einmal nicht.

Wie erwähnt, sieht der UBV grundsätzlich den Schutz unserer Lebensgrundlagen wie Böden und Wasser sehr positiv. Wenn der Bauernstand aber dabei wieder die einzige Gruppierung ist, die man einschränkt, maßregelt, der man die Flächen streitig machen will oder vielleicht sogar unentgeltlich abnehmen will, dann wollen wir eine konkrete Entschädigung für den Fall, das Flächen außer Ertrag gestellt werden.

Konkret wollen wir je Hektar nicht mehr nutzbare Fläche eine Entschädigung von mindestens 3.000 Euro im Jahr – Index gebunden und in einem Staatsvertrag festgehalten. Die Flächen bleiben zudem in unserem Eigentum. Das ist unser aktueller Zugang zum Thema Renaturierung. Die rund um dieses Gesetz bestehenden Ungereimtheiten finden sich nachstehend ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufgelistet.

Forderung 41: Nicht rückzahlbare Investitionsförderung – 7 Milliarden – als echtes Impulspaket

Wir fordern ein echtes Impulsprogramms für die Land- und Forstwirtschaft.

Konkret: Eine nicht rückzahlbare Investitionsförderung. Basis: Je Arbeitskraft in der Landwirtschaft (rund 400.000) a 1.500 Euro pro Monat – hochgerechnet auf 1 Jahr (12 Monate) und dann auf die konkrete Anzahl der Betriebe heruntergebrochen. Das sind rund 65.000 Euro je Betrieb (bei 110.000 Betrieben).

Vorgabe: Einkauf bei heimischen Unternehmen.

Das ist das beste und sicherste Konjunkturprogramm für den Ländlichen Raum. Diese Investitionsförderung in der Höhe von rund 7,1 Mrd. Euro (gerechnet auf 110.000 Betriebe) bedeutet am Ende einen Investitionsimpuls von rund 14 Mrd. bis 20 Mrd. innerhalb von 3-5 Jahre.

Angesichts der extremen Konjunkturdelle ist das eine riesige Chance für den Wirtschaftsstandort Österreich. So wie es in CORONA Zeiten möglich war, neben generell viel Geld für die Wirtschaft bereitzustellen und zudem konkret auch rund 2,2 Milliarden für Investitionen, die nicht rückzahlbar sind, aufzustellen, muss das auch für die Bauern möglich sein.

Im Dezember 2023 verkündete der Finanzminister, dass diese CORONA Investitions-Förderung insgesamt rund 22 Mrd. an Gesamtinvestition bis heute ausgelöst habe. Legt man diesen Hebel auf die Landwirtschaft um, dann verdoppeln bis verdreifachen sich die von uns aufgezeigten Effekte auf 30 bis 50 Mrd. Euro innerhalb von 5 Jahren.

Forderung 42: Eine Milliarde Euro für den Neu-/Umbau von Tierwohlstallungen

Wir fordern für den Bau von „Tierwohlstallungen“ eine Milliarde Euro bereitzustellen, damit es weiter eine Tierhaltung in Österreich gibt.

Die täglich von NGOs angeheizte und von Medien unterstützte Kampagne gegen die Tierhaltung – vor allem gegen die Schweinehaltung oder gegen die Geflügelhalter erfordert neue Wege wie Maßnahmen.

Die betroffenen Tierhalter, insbesondere die Schweinehalter sind sofort bereit, ihre Stallungen neu zu bauen oder umzubauen. Dazu braucht es eine Investitionsmilliarde, da man am Markt das Geld nicht verdienen kann. Die vielfach geforderte andere Art der Tierhaltung will kaum ein Kunde im LEH bezahlen. Da greift man lieber zu einem deutlich billigeren Produkt. Das weiß man aus so manchen Markenfleisch-Programmen, bei denen die Bauern auf den Mehrkosten und dann sogar auf der Ware sitzen geblieben sind.

Daher braucht es eine nicht rückzahlbare Investitionsmilliarde zur Unterstützung für den Umbau vor allem der Stallungen der Schweinehalter. Und: es braucht zudem Spielregeln, indem man importierte Produkte aus der Tierhaltung im Regal des LEH verbietet, die nicht die komplett gleichen Auflagen bei der Produktion erfüllen, wie dies bei uns gefordert wird/ist. Weiters braucht es eine Absatzgarantie für die in Tierwohl-Stallungen gehaltenen Tiere. Gleiche Spielregeln für alle im LEH vertriebenen Lebensmittel.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrtes Präsidium des österreichischen Parlaments!

Sehr geehrte Damen und Herren Klub-Obleute der im Parlament vertretenen Parteien!

Es ist ein schwerer Rucksack, denn wir heute nach Wien mitbringen und der am Rücken der Bauern lastet. Wir haben nüchtern die wichtigsten Punkte aufgezählt, die aus der Sicht von praktizierenden Bauern, also Bauern, die von dem leben, was sie am Betrieb erwirtschaften, erforderlich ist.

Wir leben also von unseren Gewinnen bei unseren Produkten. Die Entwicklung der letzten Jahre – insbesondere seit dem EU-Beitritt gibt uns kaum mehr die Möglichkeit, Geld zu verdienen. Vielfach zahlt man aus Einnahmen einer außerlandwirtschaftlichen Arbeit die Kosten. Oftmals zahlen die Altbauern mit ihrer bescheidenen Pension dazu.

Und zu oft ist die Situation jene, dass man den Weg zur Bank machen muss, wenn man etwas investieren möchte. Die äußerst schlechten Rahmenbedingungen lassen aber kaum Spielraum, in vernünftigen Zeithorizonten Investitionen wieder zu verdienen. Das gibt es in keiner anderen Branche. Ähnlich ist das Los bei vielen kleineren bzw. mittleren Gewerbebetrieben.

Es ist für ein Land, einen Staat wie Österreich unwürdig, wie man mit dem Bauernstand umgeht. Wenn man meint, die Bauern würden sich sowieso alles gefallen lassen, wird man sich in mehrfacher Hinsicht täuschen.

Wir wollen Sie alle als Entscheidungsträger aufrütteln oder muss man sagen, wachrütteln, damit rasch, sofort etwas geschieht. Es ist kein Platz mehr für Ausreden oder das Nichtstun oder – es geht einen persönlich nichts an.

Die Fragen für die heimischen Bauern müssen allen Österreichern, allen in irgendeiner Verantwortung stehenden Personen ein Anliegen sein. Denn, es geht am Ende um unsere Heimat! Es ist nicht nur ein geflügeltes Wort, wenn man sagt: „Ohne Bauern stirbt das Land.“ Es ist dann so.

Daher braucht es jetzt - wie wir in unserem Programm sowie in unzähligen Anträgen vorgeschlagen haben, einen kompletten Paradigmenwechsel für die Land- und Forstwirtschaft. Wir brauchen neue, echte Spielregeln und Rahmenbedingungen, die unseren Bauern wieder ökonomische Perspektiven geben. Auch im Sinne einer besseren Welt. Aber nicht einen zentralistischen, ideologisch geprägten Anschlag eines „neuen“ – ideologisch grün geprägten Kommunismus durch die Zentralstellen in Brüssel auf unsere Bauern.
Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik.

Wir bitten Sie eindringlich um Ihre Unterstützung für diese erforderlichen Schritte. Danke!

Der Unabhängige Bauernverband UBV – Österreich.

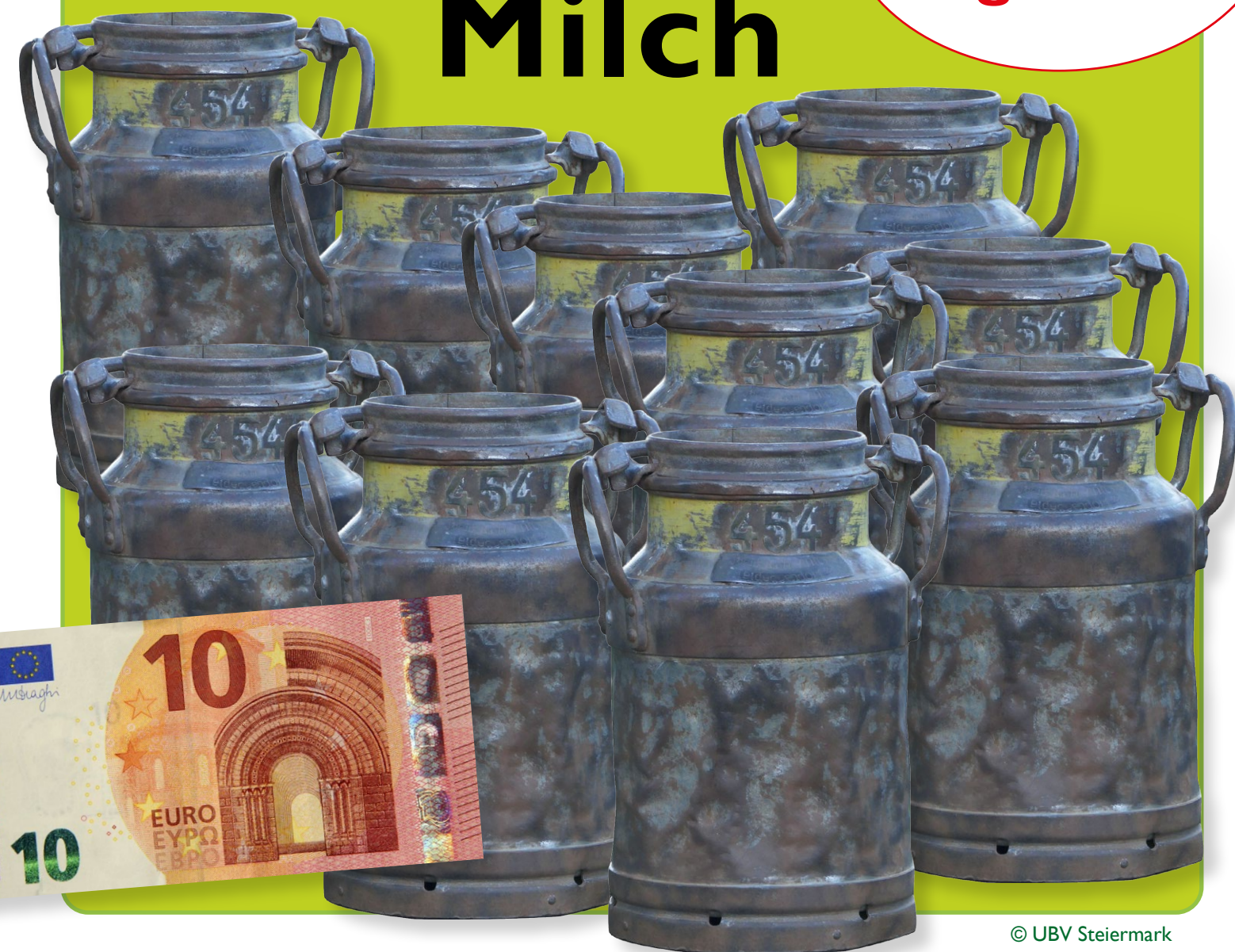
- Bundes- & LO Karl Keplinger, Oberösterreich
- LO Herbert Hochwallner, Niederösterreich
- LO Heimo Urbas, Kärnten
- LO Josef Tiefenbacher, Salzburg
- LO Hans Ilsinger, Steiermark
- LO Alfred Enthofer, Tirol

**Wieviel muss ein Bauer verkaufen,
um eine Rechnung in der Höhe von
10€ Euro bezahlen zu können?**



**250 Liter =
Milch**

**4 Cent
Gewinn je
kg Milch**

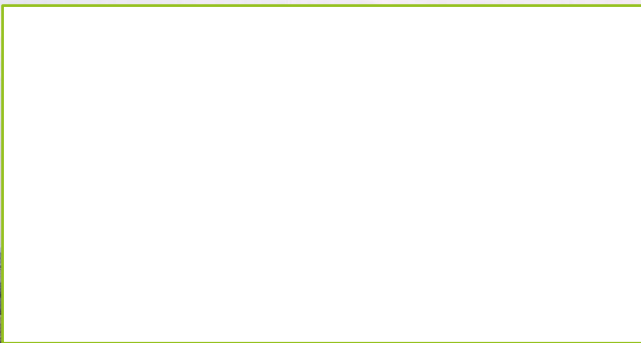


© UBV Steiermark

Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik

Landwirtschaft neu denken & handeln = ökosozial leben

www.ubv.at



**Wir engagieren uns,
weil wir mitgestalten wollen!**



Beitrittserklärung

Hiermit trete ich dem **Unabhängigen Bauernverband (UBV) Österreich**, bei und erkläre mich bereit, diesen mit einem jährlichen Beitrag von 50 € bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Vor- und Zuname:

Adresse:

Tel.: E-Mail:

Handy: WhatsApp: Ja Nein

- Ich bin auch interessiert, aktiv mitzuwirken und in meiner Region als Ansprechpartner zu fungieren.
- Ich stimme zu, dass meine oben angeführten Daten vom Unabhängigen Bauernverband zum Zwecke des Sendens von Informationen gespeichert und verwendet werden dürfen. Ich kann diese Einwilligung jederzeit widerrufen.

Ich erhalte die **Unabhängige Bauernzeitung (UBZ)** kostenlos (nach Einzahlung des Mitgliedsbeitrages).

- Ich zahle den Mitgliedsbeitrag per Erlagschein/Mitgliedervorschreibung.
- Ich zahle den Mitgliedsbeitrag bis auf Widerruf direkt mittels Abbuchungsauftrag.
Meine Kontodaten¹ lauten:

Name des Kontoinhabers:

Bankinstitut:

IBAN:

BIC:

1) Ihre Daten werden vertraulich behandelt und dienen ausschließlich zur Einhebung des Mitgliedsbeitrages.

www.ubv.at
office@ubv.at

Datum: Unterschrift:

Die Beitrittserklärung bitte einsenden an:
UBV Österreich • Grub 8 • 4771 Sigharting **oder per Mail an:** office@ubv.at